Einzelnummer 40 Mk.

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 700,— Mk., wöchentlich 175,— Mk. In Pommerellen: monatlich 1500,— Mk. in polnischer Währung.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 80,— Mk., von auswärts 100,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 300,— Mk., von auswärts 400,— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945
Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 1 | Dienstag, den 2. Januar 1923 | 14. Jahrgang

## Die deutschen Vorschläge für Paris.

### Eine wichtige Reichskanzlerrede.

In einer außerordentlichen Versammlung des Vereins des Ehrbaren Kaufmanns hielt Reichskanzler Dr. Cuno am Sonntag eine längere Rede, in der er zunächst darauf hinwies, daß der wahre Frieden nur erreicht werden könne, wenn alle Völker sich entschlossen auf den Boden der Wirklichkeit stellen. Der Reichskanzler erwähnte sodann das Gutachten des internationalen Anleihekomitees in Paris, das die Magna Charta aller künftigen Erörterungen der Reparationsfrage bilden sollte, und fuhr fort: Deutschland brauche um leisten zu können, internationale Anleihen, hat aber nur dann Aussicht auf solche, wenn seine Leistungsfähigkeit endgültig klargestellt ist. Das in den letzten Beratungen der Reichsregierung gewonnene neue Bild von dem noch verbliebenen Rest unserer Leistungsfähigkeit ist trübe. Das Spiegelbild der Leistungsfähigkeit ist der Kredit. Kein Gläubiger der Welt aber wird Deutschland Kredit gewähren, ehe die Leistungsverpflichtung so bestimmt umschrieben ist, daß er über die Grundlagen seines Kredits ein völlig klares Bild hat. Daneben steht das Bedürfnis, vor allem Frankreichs, alsbald mit einer bestimmten Summe rechnen zu können. So sind wir entschlossen, eine feste erste Summe auf uns zu nehmen und sind bereit, diese feste Summe in Anleihen durch Vermittlung eines internationalen Finanzkomitees aufzubringen und, soweit dies im Anleihewege nicht gelingt, Zins- und Tilgungsquote zu bezahlen. Da die deutsche Wirtschaft nach dem Urteil der Welt für die nächsten Jahre unbedingt der Ruhe bedarf, soll der Betrag für den Anleihedienst in den ersten Jahren aus dem Ertrag der Anleihen selbst gedeckt werden. Wir machen uns ferner anheischig, für eine weitere Reihe von Jahren durch Vermittlung des gleichen Konsortiums weitere Anleihen mit begrenzter Höhe aufzulegen, wenn das Konsortium das für möglich hält.

Durch eine solche Lösung der finanziellen Seite der Frage würde gleichzeitig die Grundlage geschaffen für ein Zusammenarbeiten der aufeinander angewiesenen Industrien Europas und namentlich Frankreichs und Deutschlands. Zu einer solchen Kooperation sind die deutschen Wirtschaftskreise bereit. Auf diesem Wege kommen wir dazu, die Mark wieder zu einem festen Wertmesser zu machen und das Budget wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Hoffnung, daß am Ende des vorgeschlagenen Weges die Freiheit des deutschen Volkes steht, wird im Volke die letzten Kräfte auslösen. Die Reichsregierung selbst ist gewillt, die ganze Kraft der Wirtschaft für dieses Ziel zu sammeln. So wird sie dem Anleihekonsortium jede vernünftige Sicherheit einräumen können. Die Bestimmung dieser Sicherheit im einzelnen bleibt Sache der Verhandlungen. Zur Mitwirkung hierbei und insbesondere zu Verhandlungen wegen der zu übernehmenden Garantie ist die deutsche Wirtschaft bereit. Um aber alle Wirtschaftskreise auf diesen Plan vereinigen zu können, muß die endgültige Lösung dem deutschen Volke die wirtschaftspolitische Freiheit und Gleichberechtigung wiedergeben und den Abbau der Besatzung am Rhein bringen, sowie die Absage an jede Politik der Sanktionen und Retorsionen von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen.

Der Reichskanzler teilte hierauf mit, daß er die Entente ersucht habe, einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, der Pariser Konferenz unsern Vorschlag zu unterbreiten und mündlich zu erläutern, und sprach die Hoffnung aus, daß die Plünderpolitik, die Vertragsbruch und Gewalt und damit den Tod aller wirtschaftlichen Reparationen bedeute, nicht die gewünschte sachliche Aussprache vereiteln möge. Die Besorgnis kriegerischer Absichten Deutschlands sei irrig. Ein Anerbieten an die französische Regierung, gemeinsam mit Frankreich und den andern am Rhein interessierten Großmächten sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht für ein Menschenalter feierlich zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung keine Kriege gegeneinander zu führen, habe Frankreich leider abgelehnt. Der Reichskanzler schloß mit der Hoffnung, daß das neue Jahr den wirklichen Frieden bringen werde, sowie mit dem Ausdruck des Entschlusses, das deutsche Volk in starker Opfer- und Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, im Falle neuer Enttäuschungen aber in dem starken Willen uns durch nichts, aber auch gar nichts, trennen zu lassen, und weiter in Einigkeit und Recht um die Freiheit des Volkes und Vaterlandes zu ringen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu der in der Reichskanzlerrede erwähnten Ablehnung des deutschen Garantieangebots bezüglich des Rheingebiets: Diese Ablehnung durch Frankreich sei nicht überraschend. Frankreich habe nicht die stärkste Waffe aus der Hand geben wollen, die ihm die Verwirklichung seines durch die Revolutionspapiere enthüllten letzten Zieles der Vernichtung der politischen und wirtschaftlichen Kraft Deutschlands ermöglichen kann, und das sei die eiserne Waffe. Frankreich habe durch die Ablehnung des deutschen Vorschlages vor der ganzen Welt die stärkste moralische Waffe, auf die es sich bei den Pariser Verhandlungen hätte stützen können, aus der Hand gegeben.

## Eröffnung der Pariser Konferenz.

Heute vormittag findet im Elysée ein französischer Ministerrat statt, in dessen Verlauf das französische Reparationsprogramm endgültig festgesetzt wird. Die interalliierte Konferenz wird heute nachmittag 2 Uhr am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz Poincarés beginnen.

Der deutsche Botschafter Dr. Mayer hat heute im Namen der deutschen Regierung am Quai d'Orsay vorgesprochen, um die französische Regierung offiziell zu ersuchen, dem morgen hier eintreffenden Staatssekretär a. D. Bergmann Gelegenheit zu geben, den neuen deutschen Reparationsplan der Konferenz der Alliierten zu unterbreiten und vor ihr mündlich zu erläutern.

*

**Falls Paris scheitert, greift Amerika ein.**

In Washington wurde im Weißen Hause offiziell bekanntgemacht, daß die Vereinigten Staaten, falls die bevorstehende Konferenz der alliierten Premierminister in Paris nicht zu einer Einigung kommen sollte, die Lösung der Reparationsfrage durch eine uninteressierte Gruppe hervorragender Volkswirtschaftler und Finanziers England, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland vorschlagen werden.

*

**Mussolini meidet Paris.**

Mussolini läßt offiziell bekanntgeben, daß er der Pariser Konferenz nicht beiwohnen wird. Er begründet diesen Entschluß mit den ungenügenden diplomatischen Vorbereitungen der Konferenz, die eine rasche Einigung nicht erhoffen ließe. Vielmehr habe die Haltung Frankreichs in der Holzfrage wieder einmal die französische Politik in einen entschiedenen Gegensatz zur englischen gestellt. Außerdem wolle er nicht, daß seine Anwesenheit im Auslande Kundgebungen hervorrufe, die die Ruhe des gastgebenden Landes stören könnten. Hier liegt der Hase im Pfeffer: Mussolini, der sich bereits auf der Reise nach London in Paris nicht aufgehalten hatte, befürchtet offenbar Attentate von faszistenfeindlicher Seite, da in Paris viele Tausende von italienischen Arbeitern, darunter zahlreiche Anarchisten, wohnen. Noch vor wenigen Tagen ist in Paris ein italienischer Faszist von Landesgenossen auf offener Straße ermordet worden. Italien wird auf der Konferenz durch den Botschafter della Torretta vertreten sein.

Dagegen wird Lord Curzon Lausanne verlassen, um Bonar Law zumindest bei Beginn der Konferenz in Paris zu unterstützen.

## Deutschland als Mitglied der internationalen Luftfahrtkonvention.

Die Meldung, daß die Entente Deutschland zum Eintritt in die Internationale Luftfahrtkonvention vom 13. Oktober 1919 aufgefordert hat, ist richtig, wie das WTB. von zuständiger Seite erfährt. Die Botschafterkonferenz habe durch Schreiben vom 18. Dezember die deutsche Regierung aufgefordert, einen solchen Antrag zu stellen, worauf die deutsche Regierung erklärte, daß sie grundsätzlich bereit sei, aber erst nach der angeblich ja auch beabsichtigten Abschaffung des Artikels 5 der Konvention, der Deutschland an der Erfüllung bereits eingegangener vertraglicher Verpflichtungen hindert, und nach Abschaffung des Artikels 34, der die Gleichberechtigung Deutschlands verneint, könnte Deutschland beitreten. Die Botschafterkonferenz verspricht in ihrer Antwort, darüber unverzüglich Auskunft geben zu wollen und erklärt, bis zum Eintritt Deutschlands würden die alliierten Regierungen ihre Luftverkehrslinien in Deutschland weiter verkehren lassen.

## Der Streit um die Petroleumquellen.

Auf der Lausanner Konferenz ist eine kleine Entspannung insofern eingetreten, als in der Frage des Schutzes der Minderheiten sowohl die Alliierten wie auch die Türken sich gegenseitig Konzessionen machten: Die Entente gibt ihre Forderung der Einsetzung eines ständigen Oberkommissars des Völkerbundes in Konstantinopel, an den die Minderheiten jederzeit sich wenden könnten, auf, während die Türken, die zunächst völlige Gegenseitigkeit für die mohammedanischen Minderheiten in allen Balkanländern gefordert hatten, sich jetzt mit einer solchen Gegenseitigkeit nur in Griechenland begnügen. Die Entspannung in der Frage der Minderheiten ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß Türken wie Engländer nunmehr ihre gesamte Kraft der Austragung des Streites um das Petroleumgebiet von Mossul zuwenden wollen. Hier ist ein Ausgleich augenblicklich kaum zu erwarten. Die Engländer haben die erste türkische Denkschrift, in der die Rückgabe des Gebietes gefordert wurde, glatt abgelehnt. Daraufhin haben die Türken eine neue Denkschrift ausgearbeitet, in der sie Punkt für Punkt die Ablehnungsgründe Englands beantworten und dabei u. a. die Gültigkeit einer Volksabstimmung bestritten, die England unter eigener militärischer Besatzung im Jahre 1920 dort veranstaltet hatte. Die Türken verlangen sofortige Räumung des Mossulgebietes und erneute Volksabstimmung.

## Abberufung des Oberkommissars Haking.

Der bisherige Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, der englische General Haking, ist zum Oberkommandierenden der englischen Truppen in Aegypten ernannt worden. Die Amtszeit Hakings als Oberkommissar des Völkerbundes im Freistaat Danzig läuft am 24. Januar ab. Haking wird sein neues Amt dann sofort antreten. Der Nachfolger Hakings wird auf der am 8. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundrates bestimmt werden.

General Haking hat das Amt als Oberkommissar zwei Jahre lang innegehabt, nachdem er schon vorher einige Zeit lang als Kommandeur der englischen Besatzungstruppen in Danzig geweilt hatte. Die eigentliche diplomatische Betätigung lag dem alten Soldaten weniger nahe. In seinen schiedsgerichtlichen Entscheidungen versuchte er möglichst beiden Parteien gerecht zu werden, ohne dabei immer die Interessen der Danziger zu wahren. Da er sich aber auch in mehreren seiner Entscheidungen gegen die polnischen imperialistischen Bestrebungen aussprach, wurde er häufig von der polnischen Nationalistenpresse wütend beschimpft. In Danzig hat der scheidende Oberkommissar sich durch seine persönliche Liebenswürdigkeit viele Sympathien erworben.

## Das Todesurteil gegen den Präsidentenmörder.

**Sonnabend fand vor dem Schwurgericht in Warschau der Prozeß gegen den Mörder des Präsidenten Narutowicz, Kunstmaler Niewiadomski statt. Niewiadomski, der im Alter von 53 Jahren steht, wurde zum Tode verurteilt.**

Bezeichnend für die Verrohung des politischen Lebens ist die Rede des Verteidigers des Angeklagten, in der er den Tag der Wahl Narutowicz' als den furchtbarsten Augenblick in der Geschichte Polens bezeichnete und behauptete, der Mord sei aus rein patriotischer Gesinnung begangen von einem Mann, der vor Schmerz rasend geworden war, weil ein Präsident, der „von den Feinden Polens gewählt“ wurde, an der Spitze des polnischen Reiches stand. Der Staatsanwalt mußte daher auch diese Rede als fanatische, politische Propagandarede energisch zurückweisen.

Der Mörder hat noch bekannt, daß er eigentlich nicht Narutowicz, sondern schon seit langem Pilsudski ermorden wollte, doch daß es ihm an Gelegenheit hierzu gefehlt habe.

## Sowjetrussischer Pazifismus.

Bei einem Empfang der amerikanischen Journalisten gab Tschitscherin folgende Erklärung ab: Das russische Volk hofft und wünscht zu Beginn des Jahres, friedlich und ungestört arbeiten zu können, seine Produktion wieder aufzubauen und Rußlands Wohlstand wieder herzustellen. Dies ist eine Arbeit für die allgemeinen Interessen. Will das amerikanische Volk beiseite stehen? Rußland hat keinen größeren Wunsch als den, die Mitarbeit des amerikanischen Volkes für seinen Wiederaufbau zu sichern. Würde der Handel in Amerika, die Mitwirkung des amerikanischen Kapitals in Rußland, die Verbindung russischer Arbeit mit amerikanischer Arbeit, würde solche fruchtbare Zusammenarbeit nicht beiden Völkern und allen Völkern zum Nutzen gereichen? Ich bin nach Lausanne gekommen, um den Frieden im Schwarzen Meer und die Sicherheit seiner Küsten wieder herzustellen, um es für fremde Kriegsschiffe zu sperren und um mich mit unseren Nachbarstaaten am Ufer des Schwarzen Meeres über die gegenseitige Sicherheit zu einigen. Ich kam hierher, um des Friedens willen. Unsere Hoffnungen sind vernichtet worden. Fremde Kriegsschiffe werden vor unserer Südküste kreuzen, und die Folge werden gegenseitige Rüstungen sein. Unseren Friedensvorstellungen stellen andere ein System ständiger militärischer Drohungen entgegen. Die Flottenabrüstung ist in Washington eingeleitet worden. Diesem Ziel strebt auch Rußland entgegen. Ob man die Abrüstung teilweise oder völlig verwirklicht, vor allem muß die Flottenabrüstung allgemein sein. Nur dann ist sie wirksam. Die allgemeine Flottenabrüstung ist außerdem die einzige vollkommene Lösung der Meerengenfrage.

## Die Diktatur der Kartelle und Syndikate.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem unerträglichen Mißbrauch, den die immer mächtiger werdenden Kartelle und Syndikate mit ihrer wirtschaftlichen Macht treiben. Genosse Aufhäuser zeigte an der Hand zahlreicher Tatsachen, daß wir durch die Kartelle in eine immer unerträglicher werdende Zwangswirtschaft geraten seien. Eine brutale Preisdiktatur habe eingesetzt, die nur noch übertroffen werde durch die ungeheuerlichen Verkaufsbedingungen, die man dem Abnehmer vorschreibe. Jeder Wettbewerb sei durch festen Zusammenschluß der Kartellgewalt unterbunden. [illegible] werde wirtschaftlich niedergehalten. Leitendes Motiv der Kartelle sei nicht die Steigerung der Produktion, sondern die Steigerung des Preises. Die Kartelle seien dadurch zu einem Faktor der Erdrosselung der Produktion geworden. Betriebe, die sich im freien Wettbewerb durchsetzen wollten, würden mit Hilfe des Kreuzbandes rücksichtslos ausgeschaltet. Das Oberlandesgericht in [illegible] sei durch ein Urteil entschieden, daß [illegible] [illegible]

[illegible]

## Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.

[illegible]

Papstes dazu beitragen mögen, das Zusammenleben der Völker immer friedlicher und harmonischer zu gestalten. Seien Sie, meine Herren, versichert, daß das deutsche Volk und die aus seiner Mitte hervorgegangene Regierung alles tun werden, damit die immer noch getrennten Völker im wahren Frieden und in gemeinsamer Arbeit für die der ganzen Welt so notwendige Neugestaltung des wirtschaftlichen und geistigen Zusammenlebens der Nationen wirken."

•

Bei dem Neujahrsempfang des diplomatischen Korps in Paris entgegnete auf eine Ansprache des Doyen Monsignore Cerretti der Präsident der Republik Millerand u. a.: Der Frieden kann nur auf der Grundlage der Verträge und durch Beachtung der erworbenen Rechte und eingegangenen Verpflichtungen aufgerichtet werden. Der Wille zum Frieden wäre zur Unfruchtbarkeit verurteilt, wenn ihm nicht bei den ehemaligen Gegnern der Alliierten der Entschluß entspräche, die angenommenen Vertragsbestimmungen loyal zur Ausführung zu bringen.

## Die österreichische Frage vor dem Völkerbundsrat.

Reuter meldet: Den wichtigsten Gegenstand der Beratungen im Völkerbundrat bei seiner Zusammenkunft am 28. Januar wird die Frage der wirtschaftlichen Reform Oesterreichs bilden. Eingeladen[?] wird Lord Balfour, [illegible] des Ausschusses des [illegible], der gemeinsam mit der österreichischen Regierung den jetzt in Ausführung befindlichen Plan aufstellte, bei dieser Gelegenheit die britische Regierung vertreten.

In der Sonnabend-Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Antrag der Sozialdemokraten, der das Vorgehen der Regierung bei der vor 14 Tagen ohne Befragung des Parlaments im Wege der Verordnung erfolgten Verdoppelung der Zinsensätze als verfassungswidrig mißbilligt, mit 99 Stimmen gegen 67 Stimmen abgelehnt. Darauf gelangte ein von den Mehrheitsparteien eingebrachter Antrag, der die Ausführungen des Finanzministers billigt und die Verordnung als verfassungsmäßig erklärt, unter lebhaftem Beifall der Regierungsparteien zur Annahme.

**Die Bergarbeiter gegen die französischen Besetzungspläne.** [illegible], am Sonntag [illegible] das Ueberarbeitsabkommen für den Ruhrbergbau, das für die Zeit vom 15. Dezember bis 15. Januar außer Kraft gesetzt war, zum 1. Februar zu kündigen, da die Ernährungslage der Bergarbeiter immer übler geworden sei. — In der [illegible] der Besetzung des Ruhrgebiets nahm die Konferenz mit [illegible] gegen 4 Stimmen einen Entschluß an, in dem sie [illegible] gegen die von der französischen Regierung angedrohten Maßnahmen Einspruch erhebt. [illegible]

**Kein Bäckerstreik in Berlin.** In einer Versammlung der Berliner Bäcker [illegible] [illegible]

**Arbeitslosenkrawalle in London.** [illegible]

**Das Schicksal der österreichischen Kriegsanleihen.** [illegible]

den sind. Danach sollen die Titres jener Kriegsanleihen, bei denen sich die Staatsverwaltung seinerzeit das Recht auf jederzeitige Kündigung des Kapitals vorbehalten hatte, gekündigt werden, während die andern Titres, bei welchen ein solches Recht nicht vorbehalten ist, zum Rennbetrag erworben werden sollen.

## Aus aller Welt.

**Eine Million Bankgelder geraubt.** Die Filiale der Commerz- und Privatbank in Vechelde bei Braunschweig wurde von Räubern überfallen. Sie drangen in dem Augenblick in die Räume ein, als die Beamten der Bankfiliale mit der Abrechnung beschäftigt waren. Die Beamten wurden unter Bedrohung ihres Lebens zur Herausgabe des Geldes gezwungen. Die Gesamtbeute beträgt etwa eine Million Mark Bargeld.

**Gattenmord und Selbstmord in Oranienburg.** Die Frau des Landwirts Schreiber, die in der Nähe von Oranienburg mit ihrem Manne die Villa Bernstein bewohnte, wurde in ihrem Schlafzimmer tot aufgefunden. Die ärztliche Untersuchung der Leiche ergab, daß der Tod durch Beilhiebe und durch Ersticken herbeigeführt war. Auch der Ehemann Schreiber lag entseelt am Boden. Er hatte sich mit einem Rasiermesser die Kehle und die Pulsader durchschnitten. Es wird angenommen, daß sich ein Streit um Geldangelegenheiten entwickelte, in dessen Verlauf der Ehemann seine [illegible]jährige Frau tötete.

**Ein gefährlicher Gottesdienst.** In Bernburg wurde am Schluß des Weihnachtskindergottesdienstes der größte Teil der anwesenden Kinder betäubt vorgefunden. Auch einige Erwachsene lagen in Ohnmacht. Es ergab sich, daß aus den Ofenanlagen Giftgase ausgeströmt waren. Die Gefährdeten wurden sofort in Nachbarhäuser gebracht, wo sie durch ärztliche Behandlung wieder ins Leben zurückgerufen werden konnten. Eine Untersuchung des Vorfalls ist eingeleitet.

**Mutter und Tochter erschossen aufgefunden.** Die Anfang der vierziger Jahre stehende Baronin v. Hornstein wurde im Badezimmer und ihre 21 Jahre alte Tochter Rosa v. Hornstein im Schlafzimmer erschossen aufgefunden. Eine Gerichtskommission hat die Untersuchung sofort aufgenommen. Einzelheiten fehlen noch.

**In der Badewanne ertrunken aufgefunden.** In der Wohnung seiner Frau in Wilmersdorf wurde der Oberkellner Koethe aus Schöneberg in einer Badewanne ertrunken aufgefunden.

**Schreckenstat eines arbeitslosen Vaters.** Der Fabrikarbeiter Nikodem in Plauen ließ sich mit seinen 3 schulpflichtigen Kindern vom Zuge totfahren. Längere Arbeitslosigkeit ist die Ursache zu diesem fürchterlichen Entschluß.

**„Entkleidungskommissionen" bei der Arbeit.** In den Monaten vor der Abstimmung in Oberschlesien machte sich dort allerlei gefährliches Raubgesindel breit. Eine Spezialität mancher Banden war es, in der Nacht einsame Wanderer zu überfallen und sie bis auf die Haut zu entkleiden. Aehnliche Zustände wie damals in Oberschlesien scheinen jetzt auch in Berlin heimisch zu werden. Auch hier treiben jetzt einige „Entkleidungskommissionen" ihr verruchtes Gewerbe. In einer der letzten Nächte wurde von einer Polizeistreife im Tiergarten der [illegible]jährige Wirtschaftsgehilfe Werner Aliot aus der Elbinger Straße 3 bewußtlos, vollkommen entkleidet und nahezu erfroren aufgefunden. Straßenräuber hatten ihn überfallen und aller seiner Kleidungsstücke beraubt.

**Das Schicksal eines Fremdenlegionärs.** In Stuttgart wurde bei einem schweren Diebstahl ein gewisser Gerisch[?] festgenommen, der nach seinen Angaben [illegible] Jahre bei der französischen Fremdenlegion gedient hat. Im Jahre 1901 ließ er sich in Epinal zur Fremdenlegion anwerben und kam über Marseille nach Saida. Nach [illegible]jähriger Dienstzeit wurde er endgültig entlassen und kehrte nach Frankreich zurück. In Nancy erhielt er eine Stellung als Wärter an einer Irrenanstalt. Diese Beschäftigung sagte ihm aber so wenig zu, daß er [illegible]. In diesem Jahre zog es ihn endlich nach der Heimat und er ging wieder nach Deutschland. Durch die lange Dienstzeit in der Fremdenlegion verbraucht und durch die Heimkehr nach Deutschland seiner Militärpension von vierteljährlich [illegible] Franken verlustig, wußte er nicht mehr, was er anfangen sollte und geriet auf Abwege. So kam er zu dem schweren Diebstahl, bei dem er ertappt und festgenommen wurde.

## Der Büttnerbauer

[illegible]

## Dario Niccodemi: „Scampolo".

Danziger Stadttheater.

(Wegen Raummangel zurückgestellt.)

Nichts gegen diesen lieben Quark! Er ist nett und [illegible], ganz hübsch [illegible], verzopft, [illegible] und auf der [illegible] dem „Mäde in [illegible]" [illegible]. Herr Dario Niccodemi aber will damit [illegible] und etwa [illegible] gelten, andere [illegible] in Paris wo er Artikel [illegible] verfertigt. Wir [illegible] Niccodemi hat er die besten Chancen, [illegible] und wer mit einem rechten Kitsch erst [illegible] hat — in der Provinz bestimmt — [illegible] in der Tasche.

[illegible] Im Italienischen: ein Stoffrest [illegible] Ausverkauf zu [illegible] seinem Kleid ist aber für eine Bluse [illegible] das Mädel, das [illegible] noch kein Weib aber [illegible] frisch, knabenhaft, [illegible] kaum eine [illegible] in die Villa[?]. Aber sie hat [illegible] ein reines Herz, trotzdem sie [illegible] und mit [illegible] der [illegible] für [illegible] rein und ahnungslos wie [illegible] der alte [illegible] auf den [illegible] und wenn sie der [illegible] wird, er [illegible] sie so nach Hause und noch [illegible] Herr Dario [illegible] Bernard Shaw [illegible] Auch dieser Scampolo [illegible] Und dann [illegible] der sie [illegible]

[illegible]